

Tagesanzeiger vom 01.06.2017

Weiterer Krippen-Ausbau in Zürich

Die Stadt erhöht die Zahl verbilligter Krippenplätze und führt ein neues Subventionsmodell für die Betreuungsplätze ein. Dies hat der Gemeinderat beschlossen - trotz Kritik an der «Planwirtschaft».

Martin Huber

Mit 101 zu 20 Stimmen hat das Stadtparlament gestern Abend der Revision der Kinderbetreuungsverordnung zugestimmt. Mit der Reform will Sozialvorsteher Raphael Golta (SP) die Zahl der verbilligten Plätze in Kindertagesstätten (Kitas) erhöhen. Dazu werden die bisherigen Kontingente für subventionierte Plätze aufgehoben. Alle, die Anspruch auf Subventionen bei der Kinderbetreuung haben, sollen neu von städtischen Beiträgen profitieren können. Heute gibt es gut 3400 subventionierte Plätze, nun sollen 620 zusätzliche dazukommen. Auch der Tarif wird angepasst: Krippen sollen pro subventionierten Platz 120 Franken am Tag verrechnen dürfen. Bisher lag der Betrag bei rund 110 Franken. Am Beitragssatz für Eltern ändert sich mit der neuen Verordnung nichts.

Branchenverband unzufrieden

Die SVP lehnte die Vorlage ab. Sprecher Roberto Bertozzi bedauerte, dass die Stadt die «historische Möglichkeit» verpasse, auf das System der Betreuungsgutscheine zu wechseln, wie es Luzern kenne und von vielen Experten empfohlen werde. Stattdessen halte Zürich an einem «Hinterwäldler-Modell der Subventionierung» fest, an einem «planwirtschaftlichen System».

Aus andern Gründen war die Alternative Liste gegen die Verordnung. Es sei beschämend, dass der Ausbau der subventionierten Kita-Plätze ressourcenneutral erfolgen soll,

meinte Sprecherin Ezgi Akyol. Dabei zeige ein internationaler Städtevergleich, dass Eltern in Zürich immer noch weit höhere Kosten für einen Betreuungsplatz bezahlen müssen als in umliegenden Ländern und in der Westschweiz. Im Vorfeld hatten sich auch etliche Stadtzürcher Krippen und der nationale Branchenverband Kibesuisse kritisch zu Goltas Reform geäußert. Sie stören sich am neuen Tagessatz von 120 Franken und befürchten, dass der städtische Betrag vielerorts die Kosten eines Krippenplatzes nicht zu decken vermag.

Als «grossen Schritt für Zürich» feierte dagegen die SP die Vorlage ihres Stadtrats. Die familienergänzende Kinderbetreuung sei das «Kernstück zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie», so Sprecher Marcel Tobler. Das Angebot an Kita-Plätzen in Zürich decke heute ungefähr die Nachfrage ab, doch es fehlten mehrere Hundert subventionierte Plätze. Diese Lücke müsse dringend geschlossen werden. Tobler räumte aber auch ein, dass es unterschiedliche Ansichten über die richtige Ausgestaltung der Krippen-Subventionsmodelle gebe.

Golta: «Kein Fitnessprogramm»

Die Grüne Katharina Prelicz-Huber sprach von einem «Quantensprung». Allerdings sollte man die Kritik aus der Branche, es werde zu wenig Geld pro Platz gesprochen, sodass Krippen Qualität abbauen oder gar schliessen müssten, «sehr ernst nehmen». Zustimmung zur Vorlage kam von Alexander Brunner (FDP), Karin Weyermann (CVP) und Markus Baumann (GLP). Sie alle lehnten einen Wechsel zu dem von der SVP geforderten Gutscheinmodell ab. Laut Sozialvorsteher Golta bringt die revidierte Verordnung den Eltern Erleichterungen und den Krippen weniger administrativen Aufwand. Das Gutscheinmodell habe man sehr genau evaluiert. Doch es führe tendenziell zu höheren Preisen, was für Eltern mit tieferen Einkommen problematisch sei und die soziale Durchmischung in den Krippen verschlechtere. Golta betonte, er verordne den Krippen «kein Fitnessprogramm». Aber es werde Einrichtungen geben, die Anpassungen vornehmen müssten. Das sei in einem Markt mit mehr als 300 Anbietern auch nicht anders möglich.

Weiter versprach der SP-Stadtrat, die Entwicklung genau zu beobachten und notfalls zu korrigieren. Das will auch das Parlament: Es stimmte einem Änderungsantrag zu, der spätestens nach Ablauf von zwei Betriebsjahren einen ausführlichen Bericht zu den Auswirkungen des neuen Regimes verlangt.

Im Jahr 2015 gab die Stadt rund 68 Millionen Franken für die Verbilligung von Krippenplätzen aus. Für 2018 sind dafür 75 Millionen budgetiert, bis 2020 wird mit 77 Millionen gerechnet.